

OLDENBURG, 16. April 2011

Bahnlärm kommt vor Gericht

Lärmschutz Nur negative Reaktionen nach Übergabe der Ratsresolution in Berlin

Das Eisenbahnbundesamt ist gegen Beschränkungen. Die SPD will Lärmsanierung früher.

VON KLAUS FRICKE

OLDENBURG - Jetzt wird's ernst: Die "Sonderwünsche der Stadt" in <u>Sachen Bahnlärm</u> und Streckenausbau zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven bleiben als harte Forderungen erhalten. Nach der Übergabe der Ratsresolution in Berlin (die **NWZ** berichtete) ist die Stimmung der Bahnanlieger nicht besser geworden, das Verkehrsministerium hatte ihnen zu verhalten reagiert. Ruhe wird es an der Bahnstrecke mithin nicht geben,

Soeben nämlich hat der Oldenburger Rechtsanwalt Martin Niewerth im Auftrag eines Mandanten vom Eisenbahnbundesamt als Aufsichtsbehörde der Bahn AG eine Anweisung verlangt, dass der zusätzliche Güterverkehr vom Jade-Weser-Port nicht auf das Schienennetz aufgenommen werden dürfe. Zumindest solle der Zugverkehr in der Nacht ruhen und tagsüber einem Tempolimit unterliegen, da in Oldenburg Lärmschutz nicht vor 2016 zu erwarten sei (diese Forderungen enthielt auch die Resolution).

In seiner Antwort erklärte das Eisenbahnbundesamt, dass es sich "zum gegenwärtigen Zeitpunkt" aufsichtsrechtlich nicht mit Betriebsbeschränkungen auf der Strecke befassen werde. Die Behörde wolle den Planfeststellungsverfahren nicht vorgreifen. Niewerth sagte dazu, sollte es politisch und rechtsverbindlich keine Zusagen geben, dann müsste gegen das Eisenbahnbundesamt beim Verwaltungsgericht geklagt werden.

Auch andernorts ist man auf die Bahn und den Bund nicht gut zu sprechen. Bernd Bischoff und Wolfgang Wulf, die SPD-Vertreter der Oldenburger Delegation in Berlin, sind enttäuscht über die Reaktionen auf die Ratsresolution. Alle Forderungen seien "abgeblockt" worden, und die Aussicht auf Lärmschutz ab 2017 damit eingeschränkt worden, vorausgesetzt, die Finanzierung komme. Bischof und Wulf forderten dagegen "möglichst raschen Lärmschutz" und Lärmsanierung in Osternburg vor 2015/16.

Ebenso wie die SPD bewertete auch Linke-Ratsherr Hans-Henning Adler das Ergebnis der Reise als "ernüchternd". Die Stadt müsse der Anregung von Staatssekretär Enak Ferlemann folgen und die Umgehungsstrecke in den Bundesverkehrswegeplan aufnehmen lassen.

An Klage wegen der "harten Haltung im Verkehrsministerium" denken unterdessen auch die Bürgerinitiativen, sagte Reinhard Seefeldt von der IBO. Die ILQ will derweil weiter auf eine Untersuchung der Pferdemarkt-Brücke drängen.

Aktuelle Informationen zum **Bahnlärm in Oldenburg** finden Sie in unserem NWZ-Spezial.

1 von 2 29.04.2011 16:35

Leserkommentare (1)



jagrafiets - 18.04.2011 22:56 Uhr

Wenn soviel Schotter mit dem neuen Port zu machen ist und Lärmschutz von den betreffenden Nutznießern und höheren Instanzen hintenan gestellt wird, sollte Oldenburg vielleicht langsam verstärkt beginnen schottern zu üben. Oder sollten wir Anlieger uns massenhaft schlaflos ins gemachte (Gleis-)Bett legen? Es gibt viel zu tun - um mal ein früheres Motto eines Energie-Dinosauriers zu benutzen.

melden

zitieren

alle Kommentare zu diesem Thema im Leserforum

Ihre Meinung

Diskussionsregeln

erlaubte BB-Codes: [b]fett[/b] [i]kursiv[/i] [zitat=person]text[/zitat]

noch 2500 Zeichen

Meinung schreiben

WEITERE ARTIKEL AUS DIESEM RESSORT

Anzeige



Partnervermittlung ab 30!

Starten Sie jetzt die Suche nach Ihrem Traumpartner mit

Mehr Informationen »



easyCredit Ratenkredit

Flexibel kann so einfach sein. Der faire Ratenkredit von easyCredit. Hier gleich berechnen.

Mehr Informationen »



Günstige Baufinanzierung

Baugeld zu Testsieger- Konditionen vermittelt DTW. Angebot hier gratis & unverbindlich.

Mehr Informationen »

Kontakt | Abonnement | Privatanzeigen | Geschäftsanzeigen | Mediadaten | Ansprechpartner | Impressum | AGB | Datenschutz



2 von 2 29.04.2011 16:35